

Überparteiliches Komitee



Warnte an der Gewerbeversammlung in Neuenkirch vor den schädlichen Folgen der 1:12-Initiative: FDP-Nationalrat Albert Vitali.

Im Kanton Luzern kämpft ein breit abgestütztes Komitee für ein Nein zur 1:12-Initiative der Jungsozialisten. Im Co-Präsidium finden sich Vertreter aller bürgerlichen Parteien und verschiedene bekannte Luzerner Unternehmer wie Corinne Fischer, VRP der Bataillard & Cie. AG in Rothenburg, Adrian Pfenniger, CEO der Trisa AG in Triengen oder Peter Schildknecht, CEO der CPH Chemie + Papier Holding AG in Perlen. Auch die Gewerbeversammlung, das wirtschaftspolitische Organ des Kantonalen Gewerbeverbandes, hat an seiner letzten Sitzung in Neuenkirch die Nein-Parole zur Initiative gefasst, und zwar einstimmig. Mit einer Zwei-Drittels-Mehrheit befürworteten die Anwesenden dagegen die Änderung des Nationalstrassen-Gesetzes und damit die Erhöhung des Vignetten-Preises auf 100 Franken. Ebenfalls im Verhältnis 2:1 empfehlen die Delegierten der Gewerbeversammlung – vorab aus gesellschaftspolitischen Überlegungen – die SVP-Familien-Initiative zur steuerlichen Entlastung von nicht-erwerbstätigen Frauen, die ihre Kinder selber betreuen, zur Ablehnung.

hat, dass unsere Lernenden eine gute Ausbildung bekommen, dass das Geschäft gewinnbringend arbeitet. Wenn sich der Staat in die Lohnpolitik einmischt und unsere unternehmerische Freiheit beschneidet, ist das nicht nur eine Entmündigung von uns Unternehmern, sondern schadet der gesamten Volkswirtschaft.

Wie meinen Sie das?

Warum, glauben Sie, haben wir die tiefste Arbeitslosigkeit in Europa? Warum stehen die Jugendlichen nicht wie in Griechenland und Spanien auf der Strasse? Weil wir in der Schweiz, neben vielen anderen Vorzügen, ein liberales Arbeitsgesetz haben, ein einzigartiges Berufsbildungssystem und innovative, verantwortungsbewusste Unternehmer, die bereit sind, trotz schwierigen Zeiten in den Standort Schweiz zu investieren und Arbeitsstellen und Lehrstellen anzubieten. Dieses Schweizer Erfolgsmodell greifen die Initianten mit ihrem sozialistischen Lohndiktat an. Und nicht nur damit. Neid, Missgunst und Angst sind Treiber einer wahren Flut von wirtschaftsfeindlichen Initiativen, die in den nächsten Monaten auf uns zukommen werden. Niedrige Beweggründe, die auf das Portemonnaie der vermeintlich Reichen zielen, dann aber den Mittelstand und die KMU treffen, gehören heute offenbar zum guten Ton.

Sie waren ein flammender Befürworter der Abzockerinitiative. Sind Sie nicht inkonsequent, wenn Sie jetzt gegen die Beschränkung überrissener Löhne antreten?

Auf keinen Fall. Die Abzockerinitiative zielte darauf ab, die Selbstbedienungsmentalität einiger Manager zu stoppen, indem die Aktionärsrechte gestärkt werden. Die vorliegende Initiative gibt zwar vor, gegen Abzocker gerichtet zu sein. Doch gegen überhöhte Löhne von einzelnen Topmanagern wird sie nichts ausrichten. Wer als Manager eines Weltkonzerns das halbe Leben in Hotels, Flugzeugen und an Besprechungen über den ganzen Globus verteilt verbringt, ist als Privatperson so flexibel, dass er der 1:12-Initiative ganz einfach ausweichen kann, indem er in ein anderes Land zieht. Die Hände reiben werden sich die Steuerämter derjenigen Staaten, die diese Steuermilliarden dankbar entgegennehmen werden. Ausserdem lässt die Initiative auch für die Unternehmen viele Schlupflöcher offen.

Was passiert, wenn die Initiative angenommen wird?

Wie eine kürzlich von der Universität St. Gallen erstellte Studie aufzeigt, führt die 1:12-Initiative zu Ausfällen bei den Steuern von bis zu 1,5 Milliarden Franken jährlich. Bei den Sozialversicherungen reisst die Initiative Löcher von bis zu 2,5 Milliarden Franken. Dies weil Leute mit hohen Einkommen heute auch überproportional hohe Beiträge zahlen. Beschränkt der Staat die Löhne, fällt ein Teil dieser Einnahmen weg. Um diese Ausfälle zu kompensieren, werden nur noch der Mittelstand da sein und die KMU, die 99,7 Prozent der Schweizer Unternehmen ausmachen, zwei Drittel aller Arbeitsplätze anbieten und 70 Prozent der Lernenden ausbilden.